

wissenschaftliche Erklärungen des Bergsturzes in Hinblick auf ihre historische und soziale Situiertheit unter die Lupe zu nehmen. Insgesamt spricht die Entdeckungsfreude der Autorin ebenso wie das Bemühen um einen reflektierten kulturwissenschaftlichen Ansatz aus dem Band.

Margareth Lanzinger

Aram Mattioli, „Viva Mussolini!“. Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconi

Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2010, 201 Seiten, 14 farbige Abbildungen.

Italien Ende März 2010: Das Volk hat entschieden, Regierungschef Silvio Berlusconi und sein Wahlbündnis gehen wiederum als Sieger aus den Regionalwahlen hervor. Wiederum ist die internationale Öffentlichkeit überrascht, erneut steht man den Ereignissen in Italien mit Unverständnis und Kopfschütteln gegenüber. Spätestens seit den Parlamentswahlen von 1993/94, dem Sieg von Berlusconi Partei „Forza Italia“, der „Lega Nord“ und der aus den Postfaschisten hervorgegangenen „Alleanza Nazionale“ geht Italien seinen eigenen Weg. Mit dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems, erfolgte in Italien damit praktisch über Nacht der Startschuss für die „tiefgreifendsten Umwälzungen [...] seit dem Sturz der faschistischen Diktatur“, meint Aram Mattioli, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Luzern. Mit seinem 2010 erschienenen Buch „Viva Mussolini!“ wirft Mattioli ein Schweinwerferlicht auf einen bisher eher unbeachteten und verharmlosten Aspekt dieses Wandels: „Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconi“.

Die LeserInnen dieser Zeilen werden sich noch an die Aussage von Gianfranco Fini erinnern, der kurz nach den Parlamentswahlen von 1994 meinte: Mussolini wäre der „größte Staatsmann des 20. Jahrhunderts gewesen.“ Finis Postfaschisten konnten damals in einem Bündnis mit Berlusconi 13,5 Prozent der Stimmen einfahren und erreichten damit das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Internationale Reaktionen auf Finis Siegesbotschaft blieben nicht aus, und auf Nachfragen von Journalisten behauptete Berlusconi, Mussolini habe „auch gute Dinge“ getan. Noch 2003 hat Berlusconi behauptet „Mussolini hat nie jemanden getötet“ und politische Gefangene nur auf „Urlaub“ geschickt. Damit werden Tabus gebrochen, wie die „La Stampa“ festhält: „Der Faschismus ist eine Meinung wie jede andere: diskutierbar. Die Resistenza auch: sie war eine Meinung, nicht legitimer als andere.“ (S. 18). Der „öffentliche Gebrauch“ (Jürgen Habermas) der jüngsten

Geschichte Italiens ist seit dem Regierungsantritt der Berlusconi-Koalition in einem radikalen Wandel begriffen.

Genau hier setzt Mattioli an. Er analysiert Politikerreden, Memoiren, Bestseller und Filme, Gedenkrituale und Sportkultur. Das Taschenbuch von 200 Seiten ist sehr flüssig geschrieben, konzise und klar aufgebaut und richtet sich damit nicht nur an ein Fachpublikum. Mattioli listet in seiner spannenden Studie Hunderte von verbalen und symbolgeladenen Tabubrüchen im Umgang mit der faschistischen Vergangenheit auf. In einem Feuerwerk an Fakten erschließt sich der staunenden Leserschaft, was in Italien mittlerweile als salonfähig gilt: Plätze und Straßen werden nach faschistischen Granden umbenannt, Mussolini selbst darf wieder Namensgeber sein. Zu seinem Geburtsort samt Gruft des „Duce“ pilgern jährlich zehntausende Alt-, Neu- und Postfaschisten und recken nicht selten den rechten Arm zum „römischen Gruss“, und auch ein Museum mit „Reliquien“ und zahlreiche Souvenirständchen mit Mussolini-Büsten dürfen nicht fehlen. Mussolini-Wein und Mussolini-Kalender werden in Zeitungsläden vom Brenner bis Sizilien angeboten. Nostalgisch-schrullige Verehrung eines lang verstorbenen Diktators durch ebensolches (rechtsextrêmes) Minderheitenpublikum? Weit gefehlt. Mattioli zeigt auf, dass diese Verharmlosung des italienischen Faschismus bereits einen Konsens unter breiten Schichten gefunden hat. „Faschismusapologie und ‚Duce‘-Bewunderung sind in der Mitte der Gesellschaft“ (Mattioli) angekommen.

Weshalb konnte der Faschismus in „bella Italia“ wieder gesellschaftsfähig werden? Dies hat eine lange Vorgeschichte und geht auch zurück auf die nie stattgefundene „Vergangenheitsbewältigung“ in Italien. Es gab 1946 kein „italienisches Nürnberg“, zu schnell wurde ein Schlussstrich gezogen. Das offizielle Italien pflegte den Resistenza-Mythos, wonach das Land ab 1943 geschlossen gegen die deutschen Besatzer kämpfte. Ausmaß an Gewalt, Kollaboration und Passivität („attendismo“) etwa in Mussolinis „Sozialen Republik“ wurden gerne marginalisiert. In der Erinnerung vieler ItalienerInnen bleibt bis heute auch die Teilnahme im Zweiten Weltkrieg als Achsenpartner des „Dritten Reiches“ seltsam abwesend. Die Geschichtsschreibung über Mussolini und seinen Faschismus wurde nach 1945 meist rechten und konservativen Historikern überlassen – mit langwirkenden Folgen. Der bekannte und einflussreiche Journalist Indro Montanelli verharmloste in unzähligen Artikeln – etwa im „Corriere della Sera“ – die Verantwortung des „Duce“. Schließlich sei Mussolini ein guter Familienvater gewesen und ganz und gar menschlich, auch in seinen Affären und meist recht milde im Umgang mit seinen politischen Gegnern. Kurzum: Der „gute Onkel Mussolini“ hätte nichts Schreckliches getan; eine Sichtweise, die in populären Darstellungen von konservativen Historikern verbreitet wurde. Dabei wurde die Verantwortung für Rassengesetze und Krieg einseitig allein dem Verbündeten Hitler-Deutschland

zugeschrieben. Die Brutalitäten des Eroberungskrieges in Äthiopien samt Giftgaseinsatz, Rassengesetze und Verbrechen der Mussolini-Truppen gegen Slawen passten nicht in dieses Bild vom „guten Italiener in der Zeitgeschichte“ (Carlo Moos).

Es gibt nicht nur rückläufige Tendenzen, wie Mattioli keineswegs unterschlägt. Der europäischen Entwicklung entsprechend, wurden auch in Italien historisch längst belegte Verbrechen des Faschismus von offizieller Seite (zumindest von Mitte-Links) anerkannt. Anlässlich eines Staatsbesuches in Äthiopien 1997 bat Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro die Äthiopier um Verzeihung für das ihnen von Italienern angetane Unrecht. Auch die italienischen Rassengesetze von 1938 sind seit einigen Jahren in der breiten Öffentlichkeit ein Thema. Dass Auschwitz eben auch in Italien liegt, wird vielen ItalienerInnen seit einigen Jahren sehr bewusst, die Existenz von Durchgangslagern wie Bozen oder Risiera di San Sabba dringen langsam in das öffentliche nationale Gedächtnis. Auch in Italien hat man seit dem Jahr 2000 den 27. Jänner (Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945) als europäischen Gedenktag („Giorno della memoria“) eingeführt. Auffällig ist dabei aber, dass das Gedenken in erster Linie den von Deutschland begangenen Verbrechen gilt. Die Verbrechen des italienischen Faschismus bleiben dabei wenig beachtet. „Angesichts der Singularität der Shoah ist dies verständlich, aber im nationalen Kontext nicht unproblematisch“, unterstreicht Mattioli. Der in Rom lebende deutsche Historiker Lutz Klinkhammer meint, dass sich der Gedenktag tendenziell zu einem „Tag der Entlastung von einer italienischen Tätererinnerung“ entwickelt habe.“ (S. 91) Die Gedenktage für die Resistenza sind allerdings – wenig verwunderlich – für die rechtskonservative Koalition nicht mehr staatstragend. Als Ausdruck dafür bleibt Silvio Berlusconi den Feiern zum 25. April (in Erinnerung an den Partisanenaufstand 1945 und das Kriegsende) demonstrativ fern.

Verbale „Entgleisungen“ jenseits des demokratisch Akzeptierbaren gab es in den letzten Jahren zuhauf. Von Finis berüchtigtem Ausspruch vom größten Staatsmann bis hin zu Alessandra Mussolinis „Besser Faschist, als schwul!“. Die Frage drängt sich allerdings auf, ob diese Art des Umgangs miteinander nicht auch Teil der noch immer stark verbreiteten Macho-Kultur Italiens ist. Wie sonst kommen Berlusconis Potenzgehebe samt Sex-Affären bei den WählerInnen immer noch nicht negativ an? Gut möglich, dass man auch aus mitteleuropäischer Sicht, diese Untöne falsch bewertet, da sie nicht so einfach von einer Kultur in die andere übersetzt werden können. Obwohl Mattioli auf die Banalisierung der politischen Verbalkultur hinweist, etwa durch Beispiele aus der italienischen Sportwelt (Nicht von ungefähr hatte die Partei „Forza Italia“ ihren Namen aus der Fußballwelt), gelingt es ihm nur ansatzweise diese spezifisch italienische Realität entsprechend klar herauszuarbeiten und darzustellen. Von einer „Postdemokratie“ (Colin Crouch) ist Italien jedenfalls

– laut Mattioli – nicht mehr weit entfernt. Nach Crouch gehören zu den Markenzeichen postdemokratischer Systeme unter anderem auch populistische Führer und Parteien mit unterentwickeltem demokratischen Selbstverständnis. Das trifft auf die Regierungsparteien Italiens teilweise zu, doch rechte Parteien zeigen sich auch flexibel, so sprechen Top-Funktionäre der ehemaligen Postfaschisten neuerdings eine andere Sprache. Nunmehr an der Macht änderte etwa der Parteichef von Alleanza Nazionale Gianfranco Fini bald den Ton und wollte sich innerhalb kurzer Zeit von den Wurzeln des Postfaschismus lösen. Das Ziel war die Schaffung einer modernen, weithin akzeptablen europäischen Rechtspartei. Fini hielt nun Mussolinis Rassengesetze von 1938 für eine Schande und die Republik von Salò für ein beschämendes Kapitel der italienischen Geschichte. Während sich die Führung der AN so von Mussolini distanzierte, entstanden in den 90er Jahren am rechten Rand verschiedene neofaschistische Splittergruppen. Besonders in den unteren Parteietagen von Alleanza Nazionale will man von einem Bruch mit der faschistischen Vergangenheit wenig wissen, ganz im Gegenteil. In Städten wie Latina stehen Mussolini-Büsten neuerdings prominent im Stadtmuseum und Mussolini-Inschriften werden an Rathäusern wieder neu (!) angebracht. Im sizilianischen Ort Tremestieri Enteo war ein Bürgermeister der Alleanza Nazionale besonders eifrig. Er stellte 2001 den Antrag, eine Straße nach Mussolini zu benennen. Es war das erste Mal nach dem Krieg, dass man den Diktator wieder auf diese Weise ehren wollte. Im Triester Rathaus ist seit kurzem wieder die Büste von Cesare Pagnini zu bewundern. Pagnini war der letzte Podestà von Triest gewesen und hatte die Anweisungen der deutschen Besatzer eifrig befolgt. In seiner Mitverantwortung verließen 22 Deportationszüge mit politischen Gefangenen und Juden Triest in Richtung deutscher Konzentrationslager. Einigen Medien entging auch nicht, dass die junge Tourismusministerin Michela Vittoria Brambilla 2009 am Rande einer offiziellen Veranstaltung sich den „römischen Gruss“ nicht nehmen ließ. Zwar steht dieser Faschistengruss in Italien unter Strafe, doch in ganz Italien gehört er bei Veranstaltungen der Politik wie des Sports zum gewohnten Erscheinungsbild auf den Piazze. Wenig überraschend blieb der gestreckte Arm der Ministerin ohne jegliche Konsequenzen. Mattioli liefert seitenweise solche Beispiele. Ist „Italien zu einem Land ohne historisches Gedächtnis geworden“ (Mattioli) oder war es schon lange vor Berlusconi ein „Paese senza date“?

Handelt es sich bei Italien um einen „Sonderfall einer westeuropäischen Erinnerungskultur?“ Im letzten Kapitel versucht Mattioli eine Verortung dieses Phänomens im europäischen Rahmen. Laut Mattioli ist Silvio Berlusconi hauptverantwortlich dafür, dass der „Revisionismus seine Kreise in der Zweiten Republik so erfolgreich ziehen konnte“ (S. 144). Zunächst nahm der Politneuling die Neofaschisten in seine Regierung auf und machte sie dadurch gesellschaftsfähig – zum ersten Mal überhaupt in einem westeuropäischen Land

seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Weil die rechtskonservative Koalition dem „Cavaliere“ von Nutzen war, ließ er Alt- und Neofaschisten gewähren. Berlusconi selbst ist und war nie Faschist, doch aus Gründen der Realpolitik sieht er keinen Grund, diese Strömungen zu stoppen. Damit verwischte Berlusconi die in „funktionierenden Demokratien wichtige Grenzziehung zwischen konservativ und rechtsextrem“, (S. 145) und Mattioli weiter: „Italien geriet erst in den neunziger Jahren auf die schiefe Bahn, als sich das Nachdenken über eigene Schuld weltweit zu einem Signum der Zeit entwickelte. Nach dem Kalten Krieg stellten sich viele Gesellschaften Westeuropas erstmals den dunklen Seite ihrer Geschichte: Frankreich, Belgien und Österreich ebenso wie die Schweiz, Holland und die skandinavischen Staaten.“ (S. 151). Wie Mattioli betont, gibt es die Verharmlosung des Faschismus in Italien nicht erst seit dem „Cavaliere“. Mit der Einbeziehung der Neofaschisten in die Regierung hat Berlusconi aber Schleusen geöffnet und Raum gemacht, für Positionen, die sich vor 1994 außerhalb der Verfassung, des sogenannten „arco costituzionale“, bewegten. Damit wurden konservative und revisionistische Positionen in die breite Öffentlichkeit getragen – mit weitreichenden Folgen. Nicht übersehen darf man/frau, trotz einer verständlichen Beunruhigung, dass auch kritische HistorikerInnen nicht untätig blieben und bis heute einen wichtigen Beitrag für ein anderes Bild der jüngsten italienischen Vergangenheit leisten. Mattioli ist zuzustimmen, dass es nicht an kritischen Studien zur Aufarbeitung des Faschismus und seiner Verbrechen mangelt, aber sehr wohl an deren Verbreitung. Die starken antifaschistischen Traditionen Italiens bleiben ebenfalls weiterhin bedeutend, sie sind nicht durch Berlusconi verschwunden, aber sie sind in die Defensive gedrängt.

Im letzten Satz des Buches schreibt Mattioli: „Manche riefen wohl dazu auf, dem politisch-ideologischen Missbrauch der Geschichte“ entgegenzutreten. Schließlich stellt man sich mit der Verherrlichung oder Verharmlosung faschistischer Regime außerhalb des demokratischen Konsens Europas. Auf die Frage, wie Europa auf eine solche Herausforderung reagieren soll, kann auch Mattioli keine einfache Antwort geben. Warum hat es etwa innerhalb der EU keine ernsthaften Bemühungen der Gegensteuerung gegeben? Wird der italienische Faschismus etwa auch außerhalb Italiens oft verharmlost? Das es auch anders geht und die „europäische Familie“ klargemacht hat, dass Tabubrüche Grenzen haben sollen, sei an dieser Stelle am Beispiel Österreichs erwähnt. Im Jahr 2000 verhängten die einzelnen EU-Staaten sogenannte diplomatische „Sanktionen“ gegen die österreichische Bundesregierung. Der Versuch der europäischen Partnerstaaten, den Eintritt einer von ihnen als rechtsextrem verorteten Partei in die Koalitions-Regierung eines Mitgliedslandes zu verhindern, misslang bekanntlich. Aber zweifellos gab es genügend Gründe für ernste Bedenken. Jörg Haider's Karriere als Chef einer rechten Protestpartei und seine markigen Sprüche zur Verharmlosung des Nationalsozialismus wurden inter-

national jahrelang wahrgenommen und penibel notiert. Die Ächtung einer nationalen Regierung durch alle anderen Mitgliedsstaaten war einmalig in der Geschichte der EU.¹ Letztlich war das Ziel richtig, das Mittel jedoch falsch. Jedenfalls zeigt dieser Präzedenzfall in Italiens nördlichem Nachbarland, dass die EU für solche Fälle in Zukunft vorbereitet sein sollte. Der „Fall Italien“ ist auch ein Gradmesser für die Reife Europas. Eine europäische Antwort auf die „Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconi“ muss offenbar aber erst noch gefunden werden. Mit „Viva Mussolini!“ hat Mattioli jedenfalls eine erste historisch informierte Gesamtdarstellung dieses Phänomens vorgelegt und damit ein wichtiges Thema europäischer Tragweite aufgegriffen. Wie es auch der ungarische Bürgerrechtler Rudolf Ungváry jüngst für sein Land von Europa verlangt: „Die EU muss deutlich sagen, was sie nicht akzeptieren will.“

Gerald Steinacher

Hubert Stuppner, *Musik und Gesellschaft in Südtirol*, vol. 1, Bozen
1800–2000

Bozen: Edition Raetia 2009, pp. 812.

Lungo l'asse delle grandi trasformazioni politiche, sociali, e culturali che hanno segnato la storia di Bolzano nei secoli XIX e XX, la minuziosa ricerca di Hubert Stuppner colloca la storia della musica in una prospettiva di ricerca che, da un lato, analizza le modalità di assimilazione dei linguaggi musicali coevi da parte di una città periferica, dall'altro approfondisce i contributi locali indagandone le peculiarità e mettendo in luce le fatiche creative dei tanti protagonisti. Il corposo volume *Musik und Gesellschaft in Südtirol* è composto da trentasette capitoli corredati da adeguato apparato iconografico, rispetta con rigore metodologico l'impostazione cronologica e individua negli spazi dello spettacolo, istituzionalizzati o occasionali, il punto di riferimento per l'analisi dell'intreccio tra musica e società, artista e pubblico.

Il punto di partenza è dato dal consumo privato in età ottocentesca promosso dal mecenatismo dell'intraprendente Annette von Menz nella dimora di palazzo Toggenburg. Il traguardo è il cosiddetto teatro privato "Zur Kaiserkrone" (1805–1904) di piazza della Mostra, definito la "piccola repubblica platonica", dotato di trentatre logge disposte su due file, una galleria e

1 Vgl. Martin STRAUSS/Karl-Heinz STRÖHLE (Hgg.), 10 Jahre danach: Die Maßnahmen der Länder der Europäischen Union gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000, Innsbruck u.a. 2010.